

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mtk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innerdeutschen Verkehr Mtk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petrolmille oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mtk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenaufnahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 82

Fernruf 179.

Wildbad, Montag, den 11. April 1921

Fernruf 179.

55. Jahrgang

Der Menschenverlust im Weltkrieg.

Mehr als zwei Jahre sind seit dem Ende des Weltkriegs dahingegangen, aber genauere Zahlen über die ungeheuren Menschenverluste werden erst jetzt bekannt, und in weiteren Kreisen macht man sich noch keine Vorstellung von der Größe dieser Opfer. Auf Grund der bisher vorhandenen Erhebungen geben die „Sozialistischen Monatshefte“ einen Überblick über diese Verluste und sie kommen zu folgendem Ergebnis:

Der Menschenverlust der 5 Kriegsjahre betrug in den 10 Ländern Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, europäisches Rußland, Serbien 35 Millionen. Davon entfielen 20,2 Millionen auf den Geburtenausfall und über 15 Millionen auf die Zunahme der Sterblichkeit. Annähernd 10 Millionen Menschen sind auf dem Schlachtfeld geblieben. Die Verluste, die in Europa noch Griechenland, Portugal, Montenegro, die Türkei, ferner die Hilfsvölker Englands und Frankreichs aus Indien, Australien, Kanada, Afrika, die außereuropäischen Gebiete Rußlands, Japan und die Vereinigten Staaten erlitten haben, sind in diesen Zahlen mangels statistischer Unterlagen nicht einbezogen, schließt man sie ein, so kommt man auf einen Gesamtverlust von etwa 40 Millionen Menschen, darunter 12 Millionen Kriegstote.

Von der Zahl der Mobilisierten in den einzelnen Ländern läßt sich sagen, daß in Deutschland etwa 11 Millionen Mann einberufen wurden, in Oesterreich-Ungarn 9 Millionen, in Großbritannien 6 Millionen und im ganzen britischen Reich 8 Millionen. In Frankreich wurden rund 7 Millionen zum Heeresdienst einberufen, in Italien rund 5 Millionen; in Rußland dürften 18 bis 19 Millionen Mann zum Kriegsdienst eingezogen worden sein. Der Prozentsatz der Mobilisierten beträgt nach der Bevölkerungszahl von 1913: in Frankreich 36 Prozent, in Deutschland und Oesterreich je 35 Prozent, in Serbien 31 Prozent, in Italien 29 Prozent, in England 26 Prozent, in Rußland etwa 24 Prozent, in Bulgarien etwa 23 Prozent, in Belgien etwa 20 Prozent, in Rumänien etwa 19 Prozent.

Was die Gesamtverluste während des Kriegs anbetreffe, so steht Serbien mit seinen Verlusten an erster Stelle. Das kleine Land hat bei einer Bevölkerungszahl von damals 4,65 Millionen einen Gesamtverlust von 1,33 Millionen, also 28,4 Proz. aufzuweisen, eine Ercheinung, die in der Geschichte aller Kriege einzig dasteht. Mit dem Geburtenverlust übersteigt dies Opfer an Menschen ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Serbien hat mehr Kriegstote als ganz Großbritannien. Unter den Großmächten hat Frankreich die stärksten Verluste erlitten, nämlich 1,84 Millionen, davon Kriegsgefallene 1,7 Millionen, im ganzen 4,6 Proz. der Bevölkerung. Im Verhältnis noch größer sind die Verluste von Rumänien, das mehrere Hunderttausend Menschen am Fiedfieber verlor, und im ganzen 4,7 Proz. der Bevölkerung eingebüßt hat. Deutschland und Oesterreich-Ungarn stehen mit ihren Verlusten an vierter Stelle; sie haben nämlich je 4 Proz. der Gesamtbevölkerung eingebüßt, Deutschland 2,7 Millionen, davon 2 Millionen Kriegsgefallene, Oesterreich 2 Millionen, davon 1 1/2 Millionen Kriegsgefallene. Bei weitem am niedrigsten sind die Verluste Großbritanniens, das nur 2,2 Proz. der Bevölkerung eingebüßt hat, nämlich 1 Million Menschen, davon 800.000 Kriegsgefallene. In England hat sich auch kein Rückgang der Bevölkerungsziffer vollzogen.

Die Abfindung der deutschen Weeder und die binnenländische Industrie.

Der Weederabfindungsvertrag ist von den gesetzgebenden Körperschaften genehmigt worden, vom Reichsrat unter der Bedingung, daß die süd- und mitteldeutsche Industrie ausreichend dabei berücksichtigt werde. Die Weeder erhalten somit 12 Milliarden Mark, von denen nach den Reichstagsverhandlungen 8,4 Milliarden noch nicht verbaut sind und vom Reich erst flüssig gemacht werden müssen. Will man den Anteil bestimmen, der von dieser Summe in Gestalt von Anträgen nach Süddeutschland (einschließlich Sachsens und Thüringens) fallen müßte, so würden dies unter Zugrundelegung der Anzahl der

in den einzelnen Ländern beschäftigten Industriearbeiter 34,7 Prozent gleich 2,9 Milliarden Mark sein.

Dieser Prozentsatz ist bisher für die binnenländische Industrie beim Schiffbau nicht erreicht worden. Vielmehr beliefen sich die Prozentzahlen, die den Beschäftigten der Maßgleichstelle entsprechend ermittelt worden sind, im ersten Vierteljahr 1920 auf 9,3 (= 23,7 Millionen Mark), im zweiten auf 6,7 (= 27,2 Millionen Mark), im dritten auf 7,7 (= 30,7 Millionen Mark) und im vierten auf 15,7 (= 57,9 Millionen Mark). Nach einem Vorschlag der Weeder sollen alle Gewerbebetriebe, die Interesse an der Beteiligung beim Schiffbau haben, in eine Gesellschaft m. b. H. zusammengeschlossen werden. Diese soll, soweit bisher bekannt geworden ist, von den wichtigsten Vergebungen Kenntnis bekommen und das Recht haben, im Fall ungenügender Berücksichtigung bei einem Ausschuß der Weederretreuhandgesellschaft vorstellig zu werden. Es ist für den ersten Blick nicht zu übersehen, wie sich ein solcher Zusammenschluß würde ermöglichen lassen, da die Zahl der interessierten Betriebe außerordentlich umfangreich und vielfältig ist. Es wird zwar verhältnismäßig leicht sein, die großen Betriebe und auch das Handwerk, soweit es organisiert ist, zu gewinnen; aber es ist zu fürchten, daß die Mehrzahl aller mittleren Betriebe bei diesem Verfahren außen verbleiben wird.

Der Ausschuß würde folgende Aufgaben verwalten:

1. Die Fertigstellung des Katalogs, in dem sämtliche Gegenstände des Schiffbaus mit Erläuterungen oder Abbildungen verzeichnet sind.
2. Die Einrichtung der Musterlager. Das Hauptmusterlager soll Nürnberg erhalten, seine Eröffnung war für April d. J. in Aussicht genommen. Zweiglager sind vorgesehen für Leipzig, Karlsruhe und Darmstadt.
3. Die Feststellung eines Verteilungsschlüssels.
4. Die statistischen Erhebungen.

Eine Frage von größter Bedeutung ist bei den bisherigen Verhandlungen nicht genügend gewürdigt worden, nämlich die der hohen Frachten, durch welche die süddeutschen Lieferungen ganz erheblich verteuert werden und die es daher oft unmöglich machen, mit den norddeutschen Firmen zu konkurrieren. Da das Reich den Hauptanteil der Schiffbaukosten trug, war die Regelung in diesem Punkt unter dem bisherigen Rechtszustand so getroffen, daß ein Zuschlag nicht versagt werden durfte, wenn das süddeutsche Angebot nur infolge der darauf liegenden Fracht im Preis höher war als die anderen. Werden jetzt die Verpflichtungen des Reichs abgelehnt, so ist zu verlangen, daß auch ein besonderer Fonds zum Ausgleich für die höheren Beförderungskosten aus dem Eden (ein Frachtenfonds) ausgeschieden wird.

„Katastrophe in Europa.“

Der Londoner „Westminster Gazette“, dem Blatt des früheren liberalen Ministerpräsidenten Asquith, wird von seinem Berichterstatter aus Paris geschrieben, alles deute darauf hin, daß Europa vor einer Katastrophe stehe, die alle Krisen übertreffe, die man seit dem Krieg durchgemacht habe. Es sei ein offenes Geheimnis, daß die militärischen und finanziellen Zwangsmaßnahmen, die bisher gegen Deutschland getroffen wurden, nur die ersten Schritte seien, für ein Vorgehen, das durchaus auf Gewalt beruhe. Denn um die Wahrheit zu sagen: es habe ein neuer furchtbarer Abschnitt begonnen, Briands Weise sei die Gewalt. Frankreich verlasse sich auf die volle Unterstützung Englands, da Lloyd George der Anwendung von Strafmaßnahmen gegen Deutschland zugestimmt und dadurch die Politik Frankreichs sei unweifellos auch die Englands auf einen Weg geführt habe, auf dem es jetzt kein Zurück mehr gebe. Je weiter die beiden Mächte auf diesem Wege fortschreiten, umso weiter müssen sie ihn gehen. England habe sich verpflichtet und könne Frankreich jetzt nicht im Stich lassen. Die Aussicht auf Verhinderung eines tiefen Sprungs in unbekanntes Gelände unbeschränkter Strafmaßnahmen erscheine hoffnungslos. Die letzte Rede Briands sei unzweifelhaft und er habe fast die einstimmige Unterstützung des französischen Parlaments gefunden; seine Stellung sei fester als je. In Frankreich sei man der Ansicht, daß Gewalt bei Deutschen zur Auslieferung eines Teils des Privatbesitzes zwingen zu können.

Berlin, 10. April. Der „Berl. Lokalanzeiger“ er-

fährt, zwischen Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei sei eine Vereinbarung über die Besetzung Oberschlesiens getroffen worden. Darnach solle, sobald Frankreich nach dem 1. Mai das Ruhrgebiet, Frankfurt und andere Bezirke Deutschlands besetzen würde, Polen Oberschlesien bis zur Oder militärisch besetzen, während tschechische Truppen in Glatz und Waldenburg einrücken. Die Verbands-truppen, die nach der Zurückziehung der Engländer fast nur noch aus Franzosen bestehen, werden die übrigen Teile Oberschlesiens besetzen.

Berlin, 10. April. Wie die „Schlesische Zeitung“ erfährt, wurde in Zankowitz im Kreise Blech durch italienische Truppen ein polnisches Waffenlager beschlagnahmt. Täglich werden neue polnische Ueberfälle gemeldet.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die Deutsche Reichsbank hatte eine starke Zuanpruchnahme beim Quartalswechsel durch das Reich. Die Kapitalanlage ist auf den höchsten jemals erreichten Stand von 67 Milliarden gestiegen. Das kennzeichnet die gesamte Lage unseres deutschen Geldmarkts. Unsere Währung im Ausland hat sich nicht weiter verschlechtert. In Zürich wurden am 1. April 100 deutsche Mark mit 9,22 1/2 Franken notiert; am 6. April erholten sie sich auf 9,45 Franken und stonden am 8. April auf 9,35 Franken. In Amsterdam lautete die Notiz vom 8. April auf 4,67 1/2, am 1. April 4,62 1/2 Gulden; in Kopenhagen 9,10 (8,96); in Stockholm 6,95 (6,90) Kronen; in Wien 1058 (1110); in Prag 119 1/4 (121 1/4) Kronen; in London 2,42 1/4 (2,45 1/4) Schilling; in Newyork 1,61 (1,59) Dollar und in Paris 22 1/4 (22 1/4) Franken.

Börse. Die verschiedenen Preiserhöhungen für Kohlen und die geplante Steigerung der Kalipreise haben auf das Börsengeschäft trotz der zum 1. Mai von der Entente drohenden neuen Gefahren und der empfindlichen Störungen unseres Wirtschaftslebens durch die 14tägigen Putzereien in Mitteldeutschland anregend gewirkt. Die Kurssteigerungen hat sich etwas gehoben und neue Kurssteigerungen bewirkt, wobei auch der billige Privatbistkont von 3 1/4 % in Betracht kam. Montanwerte waren bevorzugt, Banken gut gehalten. Auch der Anlagemarkt wies eine kleine Befestigung auf, indem Schot-anweisungen und Kriegsanleihe zwar mit 99 und 77,35 behauptet blieben, aber 4proz. Württemberger auf 81 anzogen.

Produktenmarkt. Die Kauflust an den deutschen Produktenmärkten läßt andauernd zu wünschen übrig; die Preise verfallen immer noch eine leichte rückläufige Richtung. In Berlin wurden am 8. April notiert: Viktorien 120-128 (- 2), Futtererbsen 96-108 (- 8 bis 5), Raps 190-200 (- 10), Leinsaat 200-230 (- 10), Weizenheu 19-21 (- 1), Stroh 20-22 (+ 2), Mais 122 (- 10) Mark.

Warenmarkt. Die Steigerung der Kohlenpreise ist sehr beträchtlich und beträgt für Rheinland-Westfalen 23, für Niedersachsen 20, für rheinische Braunkohlen 2,50, für Briten 0,80 Mk. ohne Steuer. Trotzdem ist Fensterglas billiger geworden. Andererseits kann an eine weitere Ermäßigung der Eisenpreise zunächst nicht gedacht werden. Der Geschäftsgang in der Textilindustrie gibt fortgesetzt zu Klagen Anlaß; Fabrikanten und Händler möchten ihn gern durch eine Preiserhöhung beleben, sind aber dazu außerstande. Im Rückgang der Häutepreise ist ein Stillstand eingetreten. Die Bierpreise sind zunächst durch den Frachtzuschlag der Bahn für auswärtige Biere verteuert worden und werden, wenn die neugeplante Biersteuererhöhung Gesetz wird, eine abermalige Steigerung erfahren, was auf den Weinpreis nicht ohne Einwirkung bleiben dürfte.

Viehmarkt. Die Preise sind fest, besonders für Zuchtvieh. Ferkel kosten schon wieder 300 Mk., Ahe etwa 6000 Mk. im Durchschnitt des Reichs; für Württemberg sind die Preise etwas höher.

Holzmarkt. Obgleich das Wetter nochmal kälter geworden ist, bleibt die Lage des Brennholzmarkts gedrückt und der Absatz staut. Bauholz hält sich etwas besser, weil man auf eine Neubebauung der Bautätigkeit hofft. Im übrigen ist die Lage des Marktes still und durch die Unterbindung des Auslandsverkehrs andauernd unsicher.

Neues vom Tage.

Sozialistischer Entschädigungsplan.

Berlin, 10. April. Das Blatt der Unabhängigen, die „Freiheit“, veröffentlicht einen Vorschlag zur Kriegsentschädigung, die die Unabhängige Partei in Deutschland, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und die Sozialistische Partei Frankreichs in den ersten Tagen des April in Amsterdam ausgearbeitet haben. In der Einleitung wird gesagt, daß die Arbeiterorganisationen Deutschlands die Notwendigkeit der Entschädigung anerkennen und andererseits, daß die französischen und englischen Organisationen anerkennen, daß die Verwirklichung des Gesamtwiederaufbaus Nordfrankreichs die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteige und daß eine Beteiligung der internationalen Solidarität notwendig sei. Die Anwendung militärischer und wirtschaftlicher Zwangsmassnahmen wird scharf verurteilt. Die Grundlage des Friedens wird von der Abänderung des Versailler Vertrags und der anderen Verträge abhängig gemacht. Es wird vorgeschlagen: 1. die Schaffung eines internationalen Wiedergutmachungsamts, das von den Regierungen des Verbands zusammen mit Deutschland und unter Mitarbeit der Arbeiterorganisationen aller interessierten Länder gebildet werden soll. 2. soll daneben Frankreich ein eigenes Wiederaufbauamt errichten, das aus Vertretern der Geschädigten, der Arbeiter, sowie aus Vertretern des Staats zusammengesetzt ist. Deutschland könnte mit seinen Arbeitern und Materialien in Ausführung der Pläne des französischen Wiederaufbauamts die Wiederherstellung von Straßen, Kanälen und Dörfern übernehmen. Die Finanzen der Wiederaufbauarbeit sollen durch auf dem Weltmarkt ausgegebene Anleihen geregelt werden. Bei der Zahlung der Pensionen durch Deutschland sei dessen Zahlungsfähigkeit in Betracht zu ziehen.

Die neue Betriebsordnung der Leunawerke.

Halle, 10. April. Der „Halle'schen Volksstimme“ zufolge hat die Leitung des Leunawerks eine neue Arbeitsordnung erlassen, von deren Annahme die Einstellung eines Arbeiters abhängig gemacht wird. Die Arbeitsordnung enthält die Bestimmung, daß das Mitnehmen auch des wertlosesten Gegenstands aus dem Werk als Diebstahl betrachtet wird, und daß sich die Arbeiter beim Verlassen des Werks vom Pfortner durchsuchen lassen müssen. Während der Arbeitszeit sind Versammlungen verboten. Der Betriebsrat darf nur außerhalb der Arbeitszeit seine Sitzungen abhalten. „Kord- und Prämiensache“ wird, wo möglich, sofort eingeführt. Von der Wiedereinstellung ausgeschlossen sind alle Arbeiter unter 25 Jahren, sämtliche Mitglieder des Aktionsausschusses und alle, die sich Übergriffe gegen Personen und gegen das Werk haben zuschulden kommen lassen.

Der Kampf in England.

London, 10. April. Die Regierung hat einen Aufruf an alle Bürger erlassen, Selbstschutzorganisationen zu gründen. Die Blätter veröffentlichten spaltenlange Berichte über Gewalttaten der Grubenarbeiter in Schottland und Wales, namentlich seien die Weiber wie wahnsinnig. Den Aufständischen soll es gelungen sein, das Pumpenpersonal auf ihre Seite zu ziehen; ihr Bestreben zielt dahin, die Bergwerke durch Ersäufen längere Zeit stillzulegen. Gavas meldet dagegen, der Verband der Vorarbeiter an den Pumpen sei aus dem Bergarbeiterverband ausgetreten.

Im Monat März 1921 ist der englische Außenhandel stark zurückgegangen. Die Einfuhr betrug 93 741 654 Pfd. Sterling, 825 425 Pfd. weniger als im März 1920, die Ausfuhr 66 808 961 Pfd. oder 36 890 420 Pfd. weniger. Die Kohlenausfuhr ist von rund 2 300 000 Pfd. auf 4 300 000 Pfd. zurückgegangen.

Brußa von den Türken erobert.

Paris, 10. April. „Petit Parisien“ meldet aus Konstantinopel, daß die Griechen auch die Halbinsel Ismid geräumt haben. Die Türken rücken auf Smyrna vor. Nach dem Mailänder „Secolo“ haben die Türken die Stadt Brußa nach vier tägigem Kampf genommen. Der griechische Ministerpräsident Kalogeropoulos ist zurückgetreten und durch Gounaris ersetzt worden.

Unter Sonnengluten.

Ein südlicher Roman zu Wasser und zu Lande.
Von Erich Friesen.

44) (Nachdruck verboten.)

Noch immer hat sie eine fast unüberwindliche Abneigung vor jedem Festtrübel.

Schon lange ringt sie mit dieser Schwäche. Und langsam, ganz langsam regt sich hier, im Anblick der erhabenen Schönheiten der „ewigen Stadt“, in ihrer Seele wieder der matte Wille zur Lebensfreudigkeit.

Heute, auf der sonnenbeglänzten Terrasse des Monte Pincio, sieht sie zum erstenmal seit langer Zeit mit einer Art Interesse um sich.

Der zauberhafte Blick auf das herrliche Rom zu ihren Füßen, umfäumt von den grünschimmernden Höhen des Monte Janiculus und des Monte Mario, nimmt sie völlig gefangen.

Und wieder fliegen ihre Gedanken, wie so oft, um zwei Jahre zurück — hin zu jener Zeit, die ihrem Herzen das höchste Glück, aber auch den tiefsten Schmerz gebracht.

Wo mag er weilen, der noch immer Stillgeliebte? Ist er verschollen für sie? ... Für alle Zeiten? ...

Plötzlich fühlt sie, wie Hilde Rosen, deren muntere Augen beständig umherschweiften, sie krampfhaft am Arm packt.

„Sieh, Gerda! Sieh! ... Wer dort kommt!“ Gleichgültig blickt Gerda in der angegebenen Richtung.

„Was meinst Du?“
„Da hinten — der Reiter! Auf dem hochbeinigen Fuchs!“

Stegerwald Ministerpräsident.

Berlin, 10. April. In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtags wurde der Abg. Stegerwald (Zentrum) mit 332 von 388 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 23 Stimmentzettel waren unbeschriftet, die übrigen Stimmen waren zerstückelt. Abg. Leinert wurde zum Landtagspräsidenten wiedergewählt, desgleichen Abg. Porzsch (Zentr.) zum ersten, Dr. v. Priegs (D. Natl.) zum zweiten und Abg. Garmich (D. B. P.) zum dritten Vizepräsidenten.

Verurteilung von Kommunisten.

Berlin, 10. April. In Hagen i. W. wurden vom Sondergericht vier Kommunisten wegen Aufruhrs und gemeiner Verbrechen zu Zuchthaus von 2—4 Jahren, fünf weitere zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt. In Aachen verurteilte das Gericht neun Kommunisten zu 2—4 Jahren Gefängnis.

In einer Zweigstelle des Konsumvereins Berlin entdeckte die Polizei 27 Handgranaten und andere Waffen. Der Geschäftsführer wurde verhaftet.

Aus dem Schrank der Ortskrankenkasse in Rostock wurden 22 000 Mark geraubt.

München, 10. April. Durch Ermittlungen der Münchener Polizeidirektion ist festgestellt, daß eine Anzahl hiesiger Kommunisten verabredeten, Eisenbahnbrücken zu sprengen und den Eisenbahnverkehr zur Verhinderung von Truppentransporten zu unterbinden. Es wurden deshalb 13 Personen in München, 5 in Gräfelfing festgenommen.

Kaiser Karl aus der Schweiz ausgewiesen.

Bern, 10. April. Der Bundesrat hat den Erzkaiser Karl wissen lassen, es sei wünschenswert, daß er seinen Wohnsitz außerhalb der Schweiz nehme.

Erzkaiser Karl steht bereits in Unterhandlungen für seine Aufnahme in einen anderen Staat. (Spanien?)

Die „Staatsmänner großen Stils“.

Paris, 10. April. Der Berichterstatter der „Matin“, Lauzanne, meldet aus Newyork: Wenn man die Notizen der amerikanischen Regierung an den Verband recht verstehen will, muß man den Geist des neuen Staatssekretärs Hughes kennen und wissen, daß die jetzige republikanische Regierung Klage erhebt gegen Clemenceau und Lloyd George, die mit dem unglücklichen Wilson ein unwürdiges Spiel getrieben haben. Als es sich z. B. um die Verteilung der deutschen Inseln im Stillen Ozean handelte, hat der Rat der Vier (Oberste Rat) am 7. Mai 1919 vorgeschlagen, „einige“ dieser Inseln Japan zuzusprechen. Wilson beteiligte sich nicht an der Aussprache und sagte einfach: „Ich will sehen!“ Am Abend des gleichen Tags übergab man ihm 250 bis 300 Schriftstücke zur Unterzeichnung, darunter eines, das den Japanern alle diese Inseln zuspricht. Wilson hat in dem Wust von Papieren, wie der Rat der Vier berechnet hatte, auf dieses wichtige Schriftstück nicht besonders geachtet und es einfach beiseite geschoben. Er hat es niemals unterzeichnet. Staatssekretär Hughes ist der Ansicht, die Entschliebung des Rats sei zwar mitgeteilt, aber es sei keine Antwort darauf gegeben, es sei ihr also auch nicht zugestimmt worden. Die Amerikaner ohne Unterschied der Partei verurteilen dieses eines Staatsmannes unwürdige Verfahren durchaus. Hughes spricht davon in den schärfsten Ausdrücken, ebenso verurteilt er den Vorschlagerrat und den Völkerbundsrat. — Lauzanne fügt hinzu, Hughes habe erklärt, in Bezug auf die Kabel und sonstigen Verkehrsmittel und die Naturschätze dürfe niemand bevorzugt werden; die Tür müsse im allgemeinen Interesse allen offen bleiben.

Bern, 10. April. Vom 11. April bis 30. Juni bleibt die Einfuhr von Naturweinen bis 15 Grad in Fässern nach der Schweiz ohne Bewilligung unterlagt.

London, 10. April. Die Blätter geben der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Berichtigung des Streiks der Eisenbahner und Transportarbeiter bis Dienstag der Friede doch noch wiederhergestellt werden könne. Die Eisenbahner in Liverpool telegraphierten an

den Gewerkschaftsführer Thomas, sie wollen sich nicht am Streik beteiligen, da er nur ein Versuch der Volksherrschaft sei, in England die Revolution zu entfachen. Die Eisenbahner wollen nichts unterstützen, das England in Anarchie stürze und Deutschland zur Verminderung seiner „Verantwortlichkeit“ dienen könne.

„Erbfeinde.“

Die norwegische Zeitung „Nationen“ im Christiania bringt einen Artikel „Erbfeinde“ von dem Schriftsteller Andreas Haukland. Darin heißt es: Wieder ist die lateinische Rasse auf dem Einmarsch in Germanien. Der Einbruch der Römer wurde durch die Niederlage des Varus im Teutoburger Walde aufgehalten. Durch den damaligen Sieg der Deutschen wurde die germanische Welt, der auch die skandinavischen Länder angehören, davor bewahrt, römische Provinzen und latinisiert zu werden. Ohne die Tapferkeit der germanischen Blutsverwandten wäre jetzt wohl wenig von unserer (norwegischen) Nationalität übrig. Das latinisierte Frankreich hat diese Einfälle in Deutschland wieder aufgenommen, als ob die römische Nachsucht mit dem lateinischen Geiste den Franzosen ins Blut übergegangen wäre. In den Gegenden, wo die Franzosen jetzt einmarschieren, können sie von einer Burg ruine zur anderen gehen, die ihre Vordäter gebrandschagt haben. Sollte Frankreich bezahlen, was es nur in den Rheinlanden früher gebrandschagt und vernichtet hat, so würde Deutschland wohl mehr Milliarden guthaben, als Frankreich jetzt von ihm fordert.

Der Verfasser zählt dann Frankreichs unaufhörliche Plünderungs- und Verwüstungszüge in Deutschland auf und fährt fort: Es ist schauerlich, wenn man sich richtig in alle Leiden hineinzuversetzen sucht, die das deutsche Volk jahrhundertelang immer wieder hat aushalten müssen. Auch für 1870 trägt Frankreich die Schuld. Das siegreiche Deutschland empfing die Friedensunterhändler des besiegten Frankreich mit aller Höflichkeit, behandelte sie als Unterhändler und Gesandte und beugte sich mit fünf Milliarden Franken und ein paar Provinzen, die größtenteils von Deutschen bewohnt sind. So kurz ist die germanische Erinnerung an erlittenes Unrecht, so gering die Rachsucht der Germanen, daß sie nicht mehr latet, um das Unrecht der Jahrhunderte zu rächen und den Erbfeind triumphierend niederzuschlagen. Wie anders verhalten sich die Franzosen jetzt gegenüber den geschlagenen Deutschen. Gibt es eine Veröhnung, die Frankreich Deutschland erparen will? Deutschlands Unterhändler wurden eingesperrt hinter Stacheldrahtgitter und nicht empfangen als Unterhändler, sondern als Sklaven, die nur Befehle von Herren anzuhören hatten, und als Schadenersatz wird eine wahnsinnig große Summe verlangt. Die römische Nachsucht gegenüber dem Besiegten lebt ungemindert in den latinisierten Franzosen. Wäre Deutschland eine Stadt wie Karthago, so würden die Lateiner unserer Zeit sicher wie die alten Römer jedes lebende Geschöpf, jeden Mann, jede Frau und jedes Kind unter den rauchenden Trümmern begraben haben. Deutschland zeigte 1870, daß es nicht Frankreichs Erbfeind war. Frankreich zeigt, daß es Deutschlands unerbittlicher Erbfeind ist und immer gewesen ist. Ständig kommen Schriftstücke ans Tageslicht, die beweisen, daß Frankreich den Krieg beschlossen hatte, bevor er ausbrach, daß es nur auf eine Gelegenheit wartete. Der französische Abgeordnete Jaures wurde in Paris ermordet, weil er dies zu sagen wagte und vor dem Krieg versuchte, die europäischen Friedensfreunde in Bewegung zu setzen, um Frankreich und Rußland zu verhindern, den Krieg zu entkamen, den, wie er wußte, Frankreich beschlossen hatte. Die Behauptung von einer Schuld Deutschlands am Krieg wird deshalb von keinem Unparteiischen mehr geglaubt. W. B.

Württemberg.

Stuttgart, 9. April. (Finanzausschuß.) Im Finanzausschuß wurde gestern vom Ministerium des Innern mitgeteilt, bezüglich der Forderung der Stuttgarter Polizei sei eine Vereinbarung mit der Stadt Stuttgart

Gerda wird todesbleich. Sie meint, ihr Herz müsse stille stehen.

Und auch der Reiter muß die Damen bemerkt haben; denn geschickt lenkt er seinen Fuchs an der Burg von Wagen vorbei, bis hin zu der gelbgepolsterten Karosse.

Herzlichste Begrüßung.

Bon Hilde mit lauten Freudenrufen,

Bon Gerda still, mit tiefem Erröten.

Und dann Geplauder, Fragen, Erzählen, wobei Hilde mit besonderem Stolz betont, daß sie seit einigen Wochen „Frau Dr. Rosen“ heiße.

Gratulation. Hin- und Herreden.

Bis Hilde den Trauerflor an seinem Arm bemerkt.

„Sie haben einen Verlust gehabt, Sir Reginald?“

Sein soeben noch frohes Gesicht wird ernst.

„Ja, meine Gnädige. Meine Frau starb vor nicht ganz einem Jahr.“

Bedauern. Allgemeiner Ausdruck der Teilnahme.

Sir Reginald blickt Gerda an.

Doch die hält die Lider gefenkt.

„Werden Sie lange hier bleiben, Sir Reginald?“

„Ich weiß noch nicht, gnädige Frau. Es kommt darauf an.“

Und wieder sucht sein Blick Gerdas Augen.

Und die blauen Augensterne senken sich diesmal nicht.

Ernst drückend ruhen sie auf dem edelschönen Gesicht des Mannes vor ihr.

Und Gerda ist es, als heben leise Stimmen an zu surren, die in ihr Herz dringen und dort weiterklingen ... und klingen ...

Wochen sind vergangen.

Ostern ist es geworden am Tiberstrom.

Weich und wonnig weht die Luft.

Alle überslutet vom Sonnenglanz: das Grünme-

feld des Forum Romanum — das gespenstisch zum Himmel aufragende Riesengemäuer des Kolosseums — der Monte Pincio mit seinen Palmen und Orchideen und seinem fröhlichen Leben und Treiben — der gewaltige Petersdom mit seiner erhabenen Architektur —

Sonnenglanz! Sonnenglanz! ...

Vor dem erhabenen Marmorbild der „Pieta“ in der Peterstürche steht Gerda Alving.

Die frommen Schauer, die geheimnisvoll die grandiosen Gewölbe durchschweben, erzittern auch in ihrem Herzen gleich Auferstehung.

Plötzlich hört sie Schritte hinter sich. Sie wendet den Kopf.

Zwei Augenpaare begegnen einander und halten sich in Nummer und doch so berebter Frage.

Und eine Hand sucht die ihre.

Und ein Mund flüstert leise, bebend vor Erregung:

„Gerda! Fühlst Du nicht das Nierklingen in Deinem Herzen? Soll die himmlische Musik ungehört verhallen?“

Und sie entzieht ihm nicht die Hand.

Mit frohem, glücklichem Lächeln blickt sie in sein strahlendes Gesicht.

„Nein, Reginald — sie soll nicht ungehört verhallen.“

Hand in Hand verlassen beide den Dom und treten hinaus auf den weiten säulengeschmückten, von hellster Sonnenpracht übersluteten Petersplatz.

Auch aus ihren Augen leuchtet ungetrübt Sonnenschein reinsten Glanz.

Das soeben einsehende tiefe Glockengeläute der Peterstürche schallt in feierlichen Overtönen hin über die „ewige Stadt“.

— Ende! —

erzielt, wonach die Pferde noch im Eigentum der Stadt verbleiben. Die Unterhaltung und die Bißlage soll auf Kosten des Staats erfolgen. Das Polizeigesetz wurde darauf im wesentlichen nach der Regierungsvorlage mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen. In § 2 wurde als neuer Zusatz angefügt, daß das Gesetz am 1. Jan. 1922 außer Kraft tritt. Dann wurden noch die Anträge der Bürgerpartei behandelt bezüglich der Kriegsschuld und der Kriegsverbrecher. Nach längerer Aussprache wurde ein von Bürgerpartei, Demokratie, Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam gestellter Antrag gegen die Stimmen der USV angenommen. Zu dem Antrag ist ausgesprochen, daß die Behauptung der Entente, Deutschland habe den Krieg gewollt und vorbereitet, unwahr ist und das Staatsministerium ersucht wird, bei der Reichsregierung nachdrücklich dafür einzutreten, daß die Schuld am Weltkrieg, an der langen Dauer des Kriegs und insbesondere die Kriegsverbrechen und das Ergebnis wahrheitsgetreu festgestellt und das Ergebnis möglichst bald in In- und Ausland öffentlich bekanntgegeben und verbreitet wird.

Stuttgart, 10. April. (Der Hungerstreik beendet.) Der „Kommunist“ schreibt: Der Hungerstreik unserer Genossen ist beendet. Sie haben durchgesetzt, daß sie vom Untersuchungsrichter vernommen wurden. Ein Prozeß, der gestern vor dem hiesigen Schwurgericht gegen die Genossen Böttcher und Schreiner stattfinden sollte, wurde vertagt.

Verworfen Revision. Das Reichsgericht hat die Revision der wegen Raubmords an dem Darlehensfassenrechner Arnold in Bernhausen zum Tod Verurteilten, Drogist Eugen Weller aus Stuttgart und Hilfsarbeiter Karl Gürr aus Mannheim-Neckarau, verworfen.

Die württ. Viehhändler haben an das Ernährungsministerium und den Landtag eine Beschwerde gerichtet, daß die Verordnung gegen den unehrlichen Viehhandel vielfach auch den Handel geschädigt habe, indem u. a. alten Händlern der Handelschein entzogen wurde. Es wird ersucht, die Verordnung abzuändern und die Gültigkeit der Handelscheine zu verlängern, bis der Landtag erneut Stellung genommen habe.

Ellwangen, 10. April. (Räuberischer Fuchs.) Bei Neunheim überfiel ein Fuchs ein Mutterfuch mit Zwillingen auf der Weide, würgte ein Lamm ab und verschwand mit ihm in seinem Bau. Als er auch das zweite Lamm holen wollte, wehrte sich das Schaf kräftig mit den Vorderläufen. Ein Vorübergehender wurde auf den Kampf aufmerksam und verschuchte das freche Raubtier.

Mlm, 10. April. (Schlachtwiehmärkte.) Vom Montag an wird in der früheren Halle der Viehsammelstelle, die von der Stadtgemeinde angelaufen wurde, monatlich ein Schlachtwiehmärkte abgehalten, zu dem vorerst nur Ulmer Metzger zugelassen sind. Wenn aber der Viehverkehr einmal wieder freigegeben ist, dann wird der hiesige Schlachtwiehmärkte rasch zu Bedeutung für ganz Oberschwaben kommen.

Ebenweiler, 10. April. (Der Tod als Gärtner.) Im letzten Jahr wurde wiederholt in der hiesigen Kirche großer Unmut verübt; das Licht der Ewiglichtlampe wurde abgebrochen, die Lampe zertrümmert; ebenso die Drähte zu den Glockenschlagbämmern im Turm. Verschiedene Notenblätter zu mehreren Messauführungen des Kirchenchors wurden gerissen und beschädigt u. a. Endlich wurde der Täter in der Person des — Mesners ermittelt. Er erhielt eine wirksame Gefängnisstrafe.

Friedrichshafen, 10. April. (Verunglückte Holzschlebung.) Der Ingenieur Paul Reichle von hier hatte laut „Seebote“ letzten Herbst mehrere Eisenbahnwagen Holz der Holzbehörde zur Ausfuhr nach der Schweiz vorgeführt. Die Nachprüfung der Ausfuhrbewilligungen, die Reichle vorlegte, ergab, daß diese allerlei „Schönheitsfehler“ hatten. Das Holz im Wert von 60 000 Mk wurde beschlagnahmt. Das Schöffengericht verurteilte Reichle zu 1 Woche Gefängnis und 5000 Mk Geldstrafe.

Singen a. S., 10. April. Aus dem Ausschlußraum auf der Feinungsbau auf dem Hofenwies wurden 18 Feuerzeichen herausgeschmissen und gestohlen. Erst vor kurzem wurde dort oben die wertvolle Orientierungstafel entfernt.

Baden.

Karlsruhe, 10. April. Ein im Bau befindlicher 12 000 Tonnen-Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie wird den Namen „Baden“ erhalten.

Pforzheim, 10. April. Die Lage der Pforzheimer Schmuckwaren-Industrie gestaltet sich immer trostloser. Sie hat im abgelaufenen Monat einen weiteren Rückgang erfahren, sodaß bereits 160 Schmuckwarenfabriken tiefgreifende Betriebsbeschränkungen, teilweise sogar mit viertägiger Arbeitszeitverkürzung vornehmen mußten. Von diesen Arbeitszeitverkürzungen sind nun schon 5 800 Arbeitskräfte, 2600 männliche und 3200 weibliche, betroffen.

Mannheim, 10. April. Bei einem Einbruchsdiebstahl im hiesigen Nationaltheater wurden Kleidungsstücke und Wertgegenstände im Wert von 29 000 Mark gestohlen.

Krumbach, Amt Mosbach, 10. April. Die Täter, die den Raubmord in der Krumbacher Mühle verübten, wurden verhaftet. Es sind zwei Arbeitslose aus Frankfurt und ein junger Burische aus Krumbach.

Achl, 10. April. Wie die „Kehler Zeitung“ mitteilt, wurden in einem französischen Auto für 120 000 Mark Zehnjennignickelstücke in kleinen Säcken auf eine hiesige Bank gebracht. Das Geld war von der französischen Reichsbank in Straßburg gesammelt worden, nachdem es im Esßau außer Kurs gesetzt worden war. Dem Vernehmen nach sollen in den nächsten Tagen Sendungen von 5-Jennig-Nickelstücken und Ein- und Zweijennig-Kupferstücke hier eintreffen.

Mannheim, 8. April. Der Bürgerausschuß hat dem städtischen Haushaltsplan für 1920/21 zugestimmt. Die Ausgaben und Einnahmen betragen für 1920 150 Millionen Mark, für 1921 161 Millionen.

Schweizingen, 8. April. Wie uns mitgeteilt wird, wird das „Schweizinger Tagblatt“ am nächsten Montag sein Erscheinen einstellen. Der Titel und das Verlagsrecht sind an die „Schweizinger Zeitung“ übergegangen. Die Schweizinger Spargelmärkte werden am 11. April wieder eröffnet werden.

Mosbach, 8. April. Einen schlimmen Ausgang nahm eine Hochzeit in Enderndorf. Die bei der Hochzeit tätige Aufwärterin hatte eine Flasche Arseniklösung mit einer Flasche Wein verwechselt und reichte den Gistranf dem Brautpaar und den Trauzeugen, die ahnungslos davon tranken. Der Vater ist bereits gestorben. Der Vater des Bräutigams, die Brautjungfern und das junge Ehepaar selbst liegen krank darnieder.

Rastatt, 8. April. Die Weichschuld der hiesigen Stadtgemeinde an die Schweiz beträgt rund 200 000 Franken; das sind nach heutigem Kurs 2 000 000 Mark.

Gaggenau, 8. April. Auch in unserer Gemeinde wird die Quälerei von 200 unterernährten Kindern und Müttern ausgeführt werden.

Föhrental (bei Wauwil), 10. April. Der Oberlehrer Kunz, der früher hier tätig war, aber wegen seines extrem-kommunistischen Wirkens aus dem Schulamt ausscheiden mußte, ist in Chemnitz verhaftet worden.

Bermischtes.

Die italienische Auswanderung war im Jahr 1920 annähernd so groß wie durchschnittlich in der Vorkriegszeit. 401 327 Personen sind ausgewandert, davon 211 327 nach überseeischen Ländern und zwar 80 Prozent davon nach den Vereinigten Staaten. Von den 190 000 anderen Auswanderern gingen beinahe 80 Prozent nach Frankreich und viele in die Schweiz, in der die italienische Bevölkerung zum Schrecken der Schweizer stark zunimmt. Gering war die italienische Wanderung nach Deutschland und in die ehemalige österreichisch-ungarische Monarchie.

Der Besuch wieder in Tätigkeit. Nach einer Unterbrechung von 15 Jahren ist am Mittwoch der Besuch wieder in Tätigkeit getreten. Der ganze Berg ist bis tief hinab in gelbe Rauchwolken gehüllt, und aus seinem Innern tönen dumpfe Explosionen. Der Ausbruch an Lava und Asche ist stärker als gewöhnlich.

Ein Dampfer verschwunden. Der französische Dampfer „La Madeleine“ ist auf dem Weg von Toulon nach Afrika verschwunden. Man hat überallhin radiotelegraphiert, aber ohne Erfolg.

„Die schöne Josephine“, das Riesengeschütz, das 1871 bei der Uebergabe von Paris auf dem Festungswerk Mont Valerien erbeutet wurde und das seither im Zeughaus in Berlin als Siegeszeichen aufgestellt war, wird gegenwärtig für die Rückbeförderung nach Frankreich fertig gemacht, da der Trugfriede von Versailles dem Feind das Recht gibt, alle von den Deutschen im Kampf erbeuteten Siegeszeichen wegzunehmen. Viele andere Geschütze und Mitrailleur sind schon abbeordert; die erbeuteten Fahnen wurden bekanntlich von deutschen Soldaten noch während des Woffensfalls aus dem Zeughaus herausgeholt und vor der Siegeshalle größtenteils verbrannt.

Die Vermehrung der Hunde. In München hat sich trotz mehrfacher Erhöhung der Hundsteuer die Zahl der zur Steuer angemeldeten Hunde gegen 1919 von 9301 auf 14 362 erhöht. — Die Mischlingskötter fangen an eine Landplage zu werden.

44 Milchkühe aus Südafrika sind am 5. April auf einem amerikanischen Dampfer verladen worden. Die Kühe sind für Deutschland bestimmt.

Schulstreik. An der Realschule in Kuhl (Thüringen) ist ein Schulstreik ausgebrochen. Der Oberlehrer Dr. Neubauer, ein Kommunistenfürer, erklärte, er wolle die Schüler zu Kommunisten erziehen. Die Eltern nahmen darauf alle Kinder aus der Schule. Die Schule wurde von der thüringischen Regierung vorläufig geschlossen und dem Oberlehrer nahegelegt, sein Amt niederzulegen, widrigenfalls ein Verfahren auf Amtsenthebung gegen ihn eingeleitet werde.

Entwöhner Verbrecher. Aus der Militärarrestanstalt in Magdeburg ist der verhaftete Karl Roth, der in Quedlinburg bei dem Anruhr eine große Summe aus dem Postamt geraubt hatte, ausgebrochen.

Der Fremdenverkehr in Deutschland. In Deutschland besetzen zurzeit nach den Mitteilungen des Verbands deutscher Hotelbesitzer ungefähr 14 000 Hotelbetriebe, die einen Friedenswert von beinahe 2 1/2 Milliarden präsentieren, deren heutigen Wert richtig einzuschätzen, schwer möglich ist. Nach statistischer Schätzung sind die Gesamteinnahmen aus dem Auslandsfremdenverkehr für 1920 mindestens mit 3 Milliarden Mk. zu berechnen.

Riesengewinne. Der Abschluß der S. J. Moloban A. G., Zigarettenfabrik in Köln weist für das am 31. Dezember 1920 abgelaufene Geschäftsjahr bei einem Aktienkapital von 100 000 Mk. einen Reingewinn von 576 631 Mk. aus; über seine Verteilung wird nichts gesagt.

Um von Buschbohnen hohe Erträge zu erzielen, muß man sehr frühzeitig zur Saat schreiten. Spät gesät versengen die Staubgefäße bei heißer Witterung leicht und gewöhnlich werden die Pflanzen auch noch von Pilzläusen heimgeheftet, was bei zeitigen Aussaaten weniger oft eintritt. Spätfröste vertragen die Buschbohne im allgemeinen ganz gut und kann sogar bereits im Winter gesät werden. Die Samen werden allerdings leicht von Wärmern befallen, wenn sie längere Zeit in der Erde liegen müssen und wegen kalter Witterung nicht gleich aufgehen können. Die beste Zeit dürfte anfangs April sein.

Brombeerkulturen verlangen einen schweren und mehr feuchten Boden. Sie können bei richtiger Anlage einen lohnenden Ertrag abwerfen. Vorteilhaft ist es, wenn die Pflanzen gegen die brennende Mittagssonne leicht beschattet werden können. Man setzt die Pflanzen in Reihen mit etwa 2 Meter Abstand. Sehr stark wachsende Sorten können selbst 3—4 Meter Abstand erlauben. Die Reihen sollen womöglich von Nord nach Süd verlaufen. Mit 3 oder 4 Drähten stellt man ein etwa 2 Meter hohes Spalier her, um die langen Ästen daran anzubinden. Jeder Pflanze beläßt man etwa 6 Ästen. Das übrige wird gleich den abgerenteten Zweigen abgeschnitten und möglichst verbrannt, um etwaigen Pilzkrankheiten die Verbreitung zu erschweren. Auch die austreibenden Ausläufer sind zu beseitigen. Wiederholt im Jahre wird die Bodenoberfläche gelockert, wobei man sich vor Wurzelverletzungen in Acht nimmt; durchstochene oder sonstige verletzte Wurzeln und Ausläufer neigen leicht zum Austreiben.

Paris Dreimillionenstadt. Am 6. März fand eine Volkszählung in Frankreich statt. Danach wird die derzeitige Bevölkerung von Paris auf 2 800 000 Einwohner anzunehmen sein, was gegenüber der letzten Zählung von 1911 einen Bevölkerungszuwachs von nur 40 000 Personen bedeuten würde.

Das hat gefehlt. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung die Tänzerin Jidora Duncan eingeladen hat, dort eine Tanzschule nach ihrem System für 1000 Schüler und Schülerinnen zu errichten.

Das Geheimnis der Kleiderstoffe. Die Frau, die sich den Stoff für ein neues Kleid auswählt, ist bei der Fülle der neuen Stoffarten vor eine schwierige Aufgabe gestellt; denn es ist nicht mehr so wie früher, daß ein Stoff einfach reine Wolle oder Baumwolle, Seide oder Halbschleife ist, sondern die heutige Webetechnik hat die verschiedenartigsten Mischungen und Verbindungen durchgeführt, und es bedarf daher schon eines Kenners, ja sogar eingehender Versuche, um die Güte eines Stoffes genau festzustellen. Ein Chemiker der Weberei vertritt nun in einer Abhandlung allerlei Geheimnisse der modernen Stoffe. Der Wert eines Fabrikats ist von den Stoffarten abhängig, aus denen er gemacht ist. Baumwolle ist billig und wird daher mit Wolle, Seide und Leinen vermischt, um ein billigeres Fabrikat zu erzielen. Es ist verhältnismäßig einfach festzustellen, ob ein Stoff Baumwolle enthält. Man braucht nur einige Fäden zu zerteilen. Eine Baumwollfaser ist kaum zwei Zoll lang, während Wollfasern 3 Zoll und noch länger sind. Man halte eine Faser an eine Streichholzlampe. Wolle brennt schwer und verbreitet einen starken Geruch. Baumwolle brennt viel leichter, und der hervorgerufene Geruch ist viel weniger ausdrücklich. Wenn ein Faden des Stoffes in kochendes Wasser gelegt wird, das eine beträchtliche Menge Soda und etwas Kalk enthält, dann wird die Wolle steif und löst sich allmählich auf, während Baumwolle unverändert bleibt und beim Waschen nicht verliert. Leinen- und Baumwollfasern sind sehr ähnlich, da sie ja beide von Pflanzen stammen. Ein Leinenfabrikat, von dem man vermutet, daß es Baumwolle enthält, muß ausgewaschen, getrocknet und mit Olivenöl oder Glycerin befeuchtet werden. Wird dann der Faden zwischen Pöschblättern ausgedrückt, um das Öl wieder herauszubringen, so wird der Leinenfaden leuchtend durchsichtig, während der Baumwollfaden unübersichtlich bleibt. Stoffmischungen aus Seide und Baumwolle können nur festgestellt werden, wenn man die einzelnen Fasern prüft. Die Seidenfasern sind sehr viel länger als die Baumwollfasern. Heutzutage werden aber lange künstliche Seidenfasern, die aus Baumwolle gemacht sind, anstatt der echten Seide verwendet. Um solche Fasern zu unterscheiden, muß ein Faden in kochendes, mit Soda und Kalk vermisches Wasser gehalten werden. Die Seide verhält sich dann wie die Wolle und löst sich allmählich auf. Die Kunstseide dagegen ist viel widerstandsfähiger und bleibt unverändert. Die Naturseide behält, wenn sie angefeuchtet wird, ihre Stärke und Geschmeidigkeit, die Kunstseide dagegen wird dünner.

Vom Danken.

Ein Zeichen unserer Zeit ist der Mangel an Dankbarkeit. Halb verzichtend, halb mißbilligend gibt man nicht zu: „Undank ist nun mal der Welt Lohn“, aber sollte es nicht auch anders sein können, sollte nicht unser heranwachsendes Geschlecht zu größerer Dankbarkeit erzogen werden können? Schon die Kinder nehmen alle ihnen erwiesene Freundlichkeit, alle Liebe und Fürsorge der Eltern, die sie nähren, kleiden und pflegen, als etwas Selbstverständliches hin. Aber mühte es dann nicht auch ein Gesetz sein, daß so viele Kinder hungern und frieren und in Not und Elend verkommen? Mühten die wohlverordneten Kinder nicht zu spät erkennen, was sie den Eltern an Dank schulden! Und die Großen, die Erwachsenen? — Sie reden von ihren Rechten auf gute Behandlung, auf angemessene Bezahlung: „Mein Recht will ich haben“, aber von den Pflichten redet niemand oder doch nur ganz leise. Alle Vereine, die sich mit sozialer Fürsorge befassen, klagen schon immer über die offen oder heimlich zum Ausdruck gebrachte Undankbarkeit. Wir werden dar auf verzichten müssen, daß Wohlthäter nur nach Verdienst und Ländigkeit den Dankbaren teilhaft werden, dazu ist Undankbarkeit eine viel zu tief gemurzelte Krankheit. Man braucht nur in eine persönliche Leben hineinzuversetzen, haben wir nicht alle schon Fälle von offener Undankbarkeit erlebt? Wir haben in der Not geholfen, wir haben mit allen Kräften getan, was wir konnten, aber es wird vergessen, wird nicht anerkannt. Und doch erinnern wir uns auch an ein Ausleuchten der Augen, an ein überfontes Gesicht, an einen festen Händrdruck oder an einen Wendepunkt im Leben eines einzigen Menschen, dem wir Gutes getan, der uns dankbar war, der uns nicht vergaß. Das gibt Mut, von neuem Liebedienste zu tun, das alte Vorurteil fallen zu lassen und freudig unsere Kraft einzusetzen für unserer Mitmenschen Wohl.

Viele Menschen weisen jede Gefälligkeit, die man ihnen erzeigen will, stolz von sich ab. Warum? Sie können nicht danken. Sie wollen es nicht. Es ist ihnen peinlich, ein Dankwort sagen zu müssen. Wenn sie wüßten, was oft abhängt von solch einem einzigen Dankeswort! Ob unter zehn Menschen, denen es gut geht im Leben, wohl einer ist, der es Gott und den Mitmenschen dankt, die ihm den Weg gewiesen und über schwierige Lagen hinweggeholfen haben? Aus eigener Kraft? Ja ich, was ich bin — das ist die Ueberzeugung der meisten, wenn sie die Klippen überwunden haben, wenn sie auf des Lebens Höhe stehen — Ich mag niemandem Dank schuldig sein. Aber jetzt gehen viele Menschen jedem Dank für die vielen, die am Weg. Das ist nicht angenehm für diejenigen, die gern danken möchten. Aber es sind nicht die unedelsten Charaktere, die den Dank nicht begehren. Lassen wir ihnen ihre Charaktere.

über sie darf uns nicht treuen an unseren Dankespflichten und mag uns zugleich ein Vorbild sein, daß wir ohne Murren auf Dank verzichten.

Farben und Wappen von Württemberg. Das württ. Staatsministerium hat einen Gesetzentwurf, betreffend Farben und Wappen von Württemberg, aufgestellt, der dem Landtag demnächst zugehen wird. Danach sind die Landesfarben schwarz-rot. Das Landeswappen besteht aus einem Schild mit vier Feldern, deren erstes und viertes drei liegende schwarze Hirschklingen in Gold, deren zweites und drittes drei an beiden Rändern gezackte, rote Querstreifen auf schwarzem Grunde enthalten. Der Schild wird von goldenen Hirschen, die auf einem roten schwarzgeränderten Band stehen, gehalten; über dem Schild schwebt das gleiche Band. Der Schild kann allein geführt werden.

Die Einsetzung der württ. Verkehrsbeamten in die Reichsbefoldungsordnung ist auf der Konferenz der deutschen Finanzminister in Berlin dieser Tage zum Abschluß gebracht worden. Dabei konnten die Wünsche der Beamten im wesentlichen erfüllt werden.

Kein Mißbrauch der Lustbarkeitssteuer. Es ist vorgekommen, daß Gedenkfeiern für die Gefallenen und ähnliche Veranstaltungen von den Gemeinden zur Lustbarkeitssteuer herangezogen wurden. Diesem Mißbrauch hat in Preußen das Oberverwaltungsgericht ein Ende gemacht. Nach einer von ihm gefällten Entscheidung dürfen Veranstaltungen, die ihrem Wesen nach keine Lustbarkeiten sind, von den Gemeinden nicht der Lustbarkeitssteuer unterworfen werden. Sie können auch nicht durch Aufstellung eines Unterscheidungsmerkmals, das zu dem Begriff der Lustbarkeit an sich nicht gehört, zu einer solchen umgestempelt werden. Der Umstand aber, daß eine Veranstaltung in der Absicht, dadurch Gewinn zu erzielen, unternommen wird, ist, nach der „Deutschen Juristenzeitung“ für das Wesen einer Lustbarkeit kein Unterscheidungsmerkmal.

Das Papierzeitalter. Am 15. Mai 1914 waren nach amtlichen Feststellungen 1982 416 000 Mark Papiergeld in Deutschland im Umlauf, also noch nicht ganz 2 Milliarden. Davon waren 1,9 Milliarden Reichsbanknoten und 71 Millionen Reichskassenscheine. Am 25. November betrug der Papiergeldumlauf nach den letzten Ausweisen in Deutschland 76 Milliarden Mark. Davon kamen auf die Reichsbanknoten 63,1 Milliarden, auf die Reichskassenscheine 309 Millionen und auf die Darlehenskassenscheine 12,6 Milliarden Mark. Seitdem ist die Papierflut dauernd weiter gestiegen.

Weinzentrale. Die Generalversammlung der süd-deutschen Weinzentrale (Stuttgart, Freiburg, Ulm und Mannheim) findet am 27. April in Freiburg statt. **Wah so!** Briand und Lloyd George unterhielten sich. „Man kann ihn gar nicht scharf genug bewachen lassen!“ meinte Lloyd George. — „Wen?“ fragte Briand. „Den deutschen Exkaiser?“ — „Nein!“ — „Den Königsplatz?“ — „Nein!“ — „Den deutschen Export?“ — „Nein!“ — „Den amerikanischen Botschafter?“ — „Nein!“ — „Den russischen Handelsbevollmächtigten?“ — „Nein!“ — „Ja, aber, so reden Sie doch: wen denn?“ — „Den Schrank, in dem die Geheimdokumente über die Vorgeschichte des Krieges liegen!“ (Jugend.)

Lokales.

Neue Milch- und Butterpreise treten in Württemberg am 16. April in Kraft. Der Preis für Vollmilch beträgt dann 1.30 Mark für das Liter ab Stall, wozu bei Lieferungsverträgen Zuschläge von 10 bzw. 20 Pfg. für Verarbeitungsver- und Genussmilch treten; außerdem kommt noch u. a. ein Bringlohn von 5 Pfg. für ein Liter, ferner bei Genussmilch eine Vergütung für Sammelstellkosten bis zu 10 Pfg. für das Liter hinzu. Die Verbrauchspreise für Butter bewegen sich bei Handelsware I zwischen 15.80 und 16.40 Mk. und bei Landbutter zwischen 14.80 und 15.40 Mk. je Pfund. Die Kleinhandelspreise für Käse, der künftig wesentlich fettreicher hergestellt wird, betragen für Hartkäse mit 35-40 Prozent Fettgehalt 10 Mark, bei Limburger mit 20 Prozent Fettgehalt 6.20 Mark je Pfund.

Briefpost nach dem Osten. Die Briefpost für Sowjetrußland, die Ukraine, die Republik Aserbeidschan und die russische Republik des ferneren Ostens wird von jetzt an nicht mehr über Norwegen, sondern über Lettland geleitet, und zwar werden täglich Briefposten mit gewöhnlichen freigemachten Briefsendungen abgerichtet.

Reichswehr und Politik. Der Reichswehrminister hat in einer Verfügung aufgrund des Par. 36 des Wehrgesetzes allen Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten. Stellt sich im Verlauf einer Versammlung, die zu einem nicht

politischen Zweck einberufen war, heraus, daß politische Angelegenheiten behandelt werden, so haben sie die Versammlung sofort zu verlassen. Die Angehörigen eines politischen Vereins, der eine Einwirkung auf die Verwaltung zu beeinflussen anstrebt, ist verboten. Zu den politischen Vereinen, denen die Soldaten nicht angehören dürfen, zählen hiernach sämtliche Organisationen politischer Natur, sowohl die Zentralverbände wie auch die Landesverbände und Ortsgruppen, ferner auch der Nationalverband deutscher Offiziere, der Verband national gesinnter Soldaten und der republikanische Führerbund, ferner die Offiziersvereinigung der deutschen Republik u. a.

Der Nährwert der Gemüse. Man sollte in der warmen Jahreszeit keinen Tag vorübergehen lassen, ohne Gemüse, entweder gekocht oder roh in Form von Salat, zu sich zu nehmen. Grünes Gemüse enthält etwas mehr als 1 Proz. Protein, den Stoff, durch den der Körper aufgebaut wird, ganz wenig Fett und etwa 4 Proz. Stärke oder Kohlenstoffhydrate. Der Nährwert der eigentlichen grünen Gemüse ist höher als der der Salate, doch kann von einem großen Nährwert überhaupt nicht die Rede sein, sondern die Bedeutung der Gemüse für unsere Gesundheit liegt auf anderem Gebiet. Grünkohl und Rübenn sind etwas weniger Wasser als Rosenkohl und Blumenkohl. Gekochter Spinat hat etwa 80 Proz. Wasser. Der Nährwert des Grünkohls ist beträchtlich höher als der des Spinats oder Rosenkohls. Im Grünkohl ist mehr Kohlenstoffhydrat als im Blumenkohl. Kohl enthält sehr notwendige alkalische Salze, die Ausschläge und andere Hautkrankheiten, vor allem auch den Skorbut, verhindern. Leute, die an Gicht leiden, sollten vor allem viel grüne Gemüse essen. Der mineralische Gehalt der grünen Gemüse besteht zum großen Teil im Kalk. Ein ziemlich hoher Prozentsatz von Eisen ist im Spinat, der daher für die Blutbildung besonders wichtig ist. Gemüse sind weniger leicht verdaulich als Fleisch. Deshalb sollte man Kohl nicht essen, wenn er alt und holzig ist, da die holzigen Fasern der Gemüse oft Verdauungsbeschwerden verursachen. Das frische, grüne Gemüse aber kann, wenn es gut gekocht ist, ohne jede nachteilige Wirkung auf die Verdauung verzehrt werden.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 11. April.

Kurtage u. Bürgerbadgebühren. Die Rechtsbeschwerde der hiesigen Stadtgemeinde, vertreten durch die Rechtsanwälte Konrad Haumann und Otto Heusel in Stuttgart, gegen die Verfügung des Finanzministeriums vom 21. Mai 1920, Erhöhung der Kurtage, Bäderpreise und Bürgerbadgebühren betreffend, hat der Verwaltungsgerichtshof durch Urteil vom 2. Februar 1921 als unzulässig zurückgewiesen unter Ansetzung einer Spoteil von 600 Mk. Das Urteil bezeichnet die seit hier zur Erhebung gekommene Kurtage als ein von der Staatsfinanzverwaltung auf Grund eines privatrechtlichen Verhältnisses für die Benützung ihres Eigentums in Wildbad zu erhebendes, von ihr nach Art und Betrag selbst zu bestimmendes Entgelt und lehnt in der Hauptsache aus formellen Gründen die Verwaltungsrechtsbeschwerde der Stadtgemeinde ab. Es anerkennt aber zugleich, daß die Stadtgemeinde auf Besteuerungsrecht nach Art. 3 Abs. 3 des Gemeindeverwaltungsrechts nicht verzichten könne und daß es ihr frei stehe, Luftkurgästen die Entrichtung einer Kurtage aufzuerlegen. Die Einsprache der Stadtgemeinde wegen der Bäderpreise und der Bürgerbadgebühren verweist der Verwaltungsgerichtshof auf den Zivilrechtsweg. Der Gemeinderat hält die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in verschiedenen Punkten für unrichtig und hält an seinem Standpunkt fest, daß die seit hier erhobene Kurtage eine öffentlich rechtliche Abgabe ist, deren Einzug die Stadt der Badverwaltung nur in widerruflicher Weise überlassen hat. Vor allem steht die Tatsache, daß die Kurtage von allen sich hier mehr als 2 Tage aufhaltenden Fremden — auch von solchen, die die Einrichtungen der Badverwaltung nicht benützen — erhoben wurde, der Anerkennung der Kurtage als privatrechtliches Entgelt für Benützung des Eigentums des Fiskus entgegen. Ebenso die Mitwirkung der Stadtgemeinde bei Erhebung und Festsetzung der Kurtage und andere Momente. Die Vertreter der Stadtgemeinde, Rechtsanwälte Haumann und Heusel fassen ihre Ansicht über das Urteil in den Worten zusammen: „Alles in allem hat man bei der Entscheidung das Gefühl, als ob materiell unser Standpunkt gebilligt wäre und gebilligt werden müßte, während man ihn aus formellen Gründen ablehnt.“ Es würde der Stadtgemeinde nun frei, ihre Ansprüche im Zivilrechtsweg, ev. mittels einer Verwaltungsrechts-

klage weiter zu verfolgen. Auch könnte sie zur Deckung ihrer Aufwendungen auf den Kur- und Badeort selbst eine Kurtage zur Erhebung bringen. Zur Vermeidung beider Möglichkeiten, die unerquickliche Verhältnisse zwischen Bad und Stadt nach sich ziehen werden, fand nun am 5. März 1921 unter dem Vorsitz des Herrn Finanzminister Liesching in Stuttgart eine Vergleichsverhandlung statt, in der zwischen der Staatsfinanzverwaltung und der Stadtgemeinde, letztere vertreten durch die Rechtsanwälte Haumann und Heusel, Stadtschultheiß Vögner, Gemeinderäte Kappellmann und Schlüter folgende Vereinbarung zu Stande kam:

„Unbeschadet des Rechts der Stadtgemeinde Wildbad auf Erhebung einer Kurtage als öffentlich-rechtlicher Gemeindeabgabe und unter Vorbehalt der Einbringung eines Gesetzentwurfs zwecks Ermächtigung des Staats zur Erhebung einer gleichen Abgabe wird heute zwischen der Staatsfinanzverwaltung und der Stadtgemeinde Wildbad zur Regelung der Kurtagenfrage folgende Vereinbarung getroffen:

1) Der Staat und die Stadtgemeinde Wildbad erheben einseitlich eine gemeinsame Kurtage, deren Ertrag ausschließlich für Kur- und Badezwecke zu verwenden ist.

2) Die Festsetzung, Erhebung und Verwaltung der Kurtage steht der Finanzverwaltung mit folgenden Maßgaben zu:

a) dem Gemeinderat Wildbad ist vor der Festsetzung der Kurtage Gelegenheit zur tunlichst raschen Äußerung, spätestens binnen 2 Wochen zu geben.

b) die Kurtage darf jeweils nicht höher als 90 % derjenigen von Baden-Baden sein, vorbehaltlich der Aufrechnung auf volle Mark bei Wochenkarten, auf 10 Pfg. bei Tageskarten; c) neben der vollen Kurtage soll eine auf 60 % der normalen Kurtage ermäßigte Kurtage für solche Kurgäste erhoben werden, welche auf den Besuch der Lese-räume und des Kurkaafs verzichten. Die Vergünstigung findet jedoch keine Anwendung auf Gäste der Hotels ersten Ranges und der ihnen gleichwertigen Pensionen und Villen (zur Zeit gelten als Hotels ersten Ranges: Bad-Hotel, Concordia, Deutscher Hof, Klumpp, Klumpp's Quellenhof, Kurgarten, Panorama, Post, Sommerberg). Daneben bleiben die besonderen Vergünstigungen für Minderbemittelte bestehen. d) der Einzug erfolgt vorläufig durch die Staatsfinanzverwaltung, welche hierfür eine Vergütung von 5 % des Rohertrags erhält. Die Stadtgemeinde liefert die Unterlagen für den Anschlag ohne besondere Vergütung. e) Von dem Rest des Rohertrags erhält der Staat 85 %, die Stadtgemeinde Wildbad 15 %, zunächst auf die Dauer von 20 Jahren. Es wird dabei die Erwartung ausgesprochen, daß die Stadtgemeinde Wildbad einer weiteren Bebauung des Sommerbergs kein Hindernis in den Weg legen wird.

III. An der bisherigen Lagerbüchlichen Berechtigung auf Freibad wird durch diese Vereinbarung nichts geändert. Es wird jedoch der Stadtgemeinde Wildbad von der Badverwaltung freigestellt, für die Berechtigten die erforderliche Wäsche auf städtische Kosten zu beschaffen; von den im Katharinenstift Badenden wird in diesem Fall bis auf Weiteres eine Gebühr für Bedienung und Wäsche nicht erhoben; auch wird bei diesen das Mitbringen von eigener einwandfreier Wäsche bis auf Weiteres nicht beanstandet.

III. Die Genehmigung des Gemeinderats Wildbad bleibt vorbehalten.

Der in der G.-R.-Sitzung vom 8. März erschienene Rechtsanwalt Heusel aus Stuttgart erklärt dem Gemeinderat die durch das Urteil und die Vereinbarung geschaffene Rechtslage des Näheren und beglückwünscht die Stadtgemeinde zu dem guten Ausgang des Rechtsstreits, der nicht zu umgehen war und der endlich Klarheit in die Kurtagenfrage und in das Verhältnis zwischen Stadt und Bad bringe und der Stadtgemeinde erhebliche fortlaufende jährliche Zuwendungen aus Kurtagemitteln sichere. Bezüglich der Bürgerbadgebühren sei durch die Vereinbarung aufs Neue festgestellt, daß das Recht der Wildbader Bürger auf freies Bad feststehe, ferner wurde bis auf Weiteres zugestanden, daß sie im Katharinenstift, wenn sie die Wäsche mitbringen, völlig frei von jeder Gebühr baden können. Vom Gemeinderat wird beschlossen, die getroffenen Vereinbarung zu genehmigen.

Ludwigsburg, 9. April. Vielfachen Wünschen nachkommend veranstalteten nunmehr auch das Res.-Feld-Regt. - Regt. 54 und die dem Regim. während des Krieges zugeteilten leichten Munitionskolonnen 1265, 840 und 1315 am 8. Mai in Ludwigsburg eine Zusammenkunft. Die nötigen Vorbereitungen hiezu sind getroffen und es steht somit den Regimentsangehörigen ein schöner Tag bevor. Alles Nähere ist aus der heutigen Anzeige ersichtlich.

Bekömmlich! Billig!

Unregend! Erfrischend!
Preiser's Haustrunk
zur Selbstbereitung eines einzig richtigen Volksgetränks, auch zur Verbesserung und Streckung des Obstmostes und Beerenweines vorzüglich. Ruhe erntet mit meiner Schugmarke
Adolf Preiser, Villingen.
Verkaufsstellen werden ersichtl.

Am Mittwoch den 13. d. Mts. Vormittags 10 Uhr kommt auf dem Geschäftszimmer der Badverwaltung (Badkasse) die heutige Grasnägung der staatlichen Wiesen beim Charlottenweg mit 1 ha 75 ar 17 qm nutzbarer Fläche zum Verkauf und der auf Parzelle Nr. 256 im Straubenberg befindliche Keller auf 12 Jahre zur Wiederverpachtung.
Wildbad, den 8. April 1921.
Badverwaltung.

Zum Salzvertriebe.
Auf eigene Rechnung wird geeignete Firma oder Persönlichkeit mit Fuhrwerk und Lager für den Platz und Bezirk gesucht. Lohnende Lebenseristenz.
Angebote umgehend unter Nr. 82 an die Tagblatt-geschäftsstelle.

Realschule Wildbad.
Die Aufnahmeprüfung findet statt
Dienstag, den 12. April nachmittags von 2 Uhr ab im Schulzimmer der Unterklasse.
Professor Steuerer.

Rose Pilgerfahrt: Gesamtprobe
Dienstag abend im „Kühlen Brunnen“
R.-F.-A.-R. 54
mit 2. M.-R., 1265, 840 und 1315.
Sonntag, den 8. Mai ds. Js.
Regimentszusammenkunft
in Ludwigsburg, bei der sämtliche Angehörigen des Regiments einschließlich der dem Regiment während des Krieges zugeteilten leichten Munitionskolonnen 1265, 840 und 1315 herzlich willkommen sind.
10^{1/2} Uhr Gedächtnisfeier zu Ehren der gefallenen Reg.-Kameraden im Schloßhof, 12^{1/2} Uhr batterieweise gemeinsames Mittagessen, 2^{1/2} Uhr gemeinsames Beisammensein im Saalbau. Sämtliche Teilnehmer werden im Interesse des guten Gelingens dringend gebeten, unter Angabe der Batterie sich spätestens bis zum 25. April schriftlich bei Otto Goldreich, Ludwigsburg, Uhlandstraße 4, anzumelden und mitzuteilen, ob Nachtquartier und Mittagessen bestellt werden soll. Der Aufschuß. R. B. Samstag und Sonntag befindet sich eine Auskunftsstelle im Saalbau.

Vertraulich! Galtbold Kräftiger
Sonntagsjunge
angekommen.
Karl Bozenhardt und Frau Berta
geb. Sixt.

Bruchkranke
können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in Pforzheim, Bahn-Hotel Pforzheim am 15. April von 9-1 Uhr.
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.